



Mathematik „1“, Kommunikation mit der GdP?



Die gestiegenen Herausforderungen für die Thüringer Polizei und die damit verbundene Überlegung der GdP, dass eine quantitative Stabilisierung des Personalkörpers der Polizei nur über einen deutlichen Anstieg der Einstellungszahlen zu realisieren ist, hat unseren Herrn Innenminister zur Feststellung gebracht, dass 3×155 im Ergebnis 465 ergibt. An dieser Feststellung ist nichts auszusetzen. Das ist nach den Regeln der Grundrechenart Multiplikation völlig korrekt. Mathematik „1“.

Zur Erklärung muss hier geschrieben werden, im Doppelhaushalt des Freistaates Thüringen 2016/2017 findet sich in einer Erläuterung die Aussage, dass der Ansatz der Kosten im Haushalt die Ausbildung von bis zu 465 Anwärtern berücksichtigt. Wir fragen uns jetzt natürlich, warum in einen Doppelhaushalt Regelungen für drei Einstellungszyklen berücksichtigt werden? Eine andere als die mathematisch richtige Erläuterung war seitens der Spitze des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales zu dieser Frage – bis zum Schreiben dieser Zeilen – noch nicht zu erhalten. Kommunikation mit der GdP – Fehlanzeige, deshalb „6?“.

Hier ein Erklärungsversuch der GdP, allerdings ohne den Anspruch auf Richtigkeit.

Im Oktober 2015 wurden 155 Anwärter für den mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst in Meiningen

eingestellt. Diese in 2015 eingestellten Anwärter werden in der Ausbildung zum mittleren Dienst auch in 2017 und in der Ausbildung zum gehobenen Dienst bis 2018 Anwärterbezüge erhalten. Es kann also sein, dass die Einstellung aus 2015 im Doppelhaushalt 2016/2017 finanztechnisch Wirkung erzeugt und damit in der Multiplikation, wahlweise auch Addition, von 155 Einstellungen in den Jahren 2015, 2016, 2017 zu berücksichtigen ist.

Ach ja, da gibt es ja auch noch die Mär von der Aussetzung des Stellenabbaus in der Thüringer Polizei. Denn die nicht gestrichenen Stellen aus dem Stellenabbaukonzept der Vorgängerregierung, welches die aktuelle Landesregierung in Form von Personalabbau insgeheim doch unbeirrt fortsetzt, haben zur Folge, dass auch innerhalb der Polizei Jahr für Jahr weniger Kollegen zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben zur Verfügung stehen.

Unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Justizvollzug sei hier gesagt, wir haben euch nicht aus den Augen verloren. Wir werden zurzeit immer noch gemeinsam weniger Kollegen, in der Polizei, wie im Justizvollzug. Denn auch in diesem Bereich wurde der reale Stellenabbau nicht gestoppt.

Versuchen wir es statt mit der Multiplikation mal mit einer einfachen Addition. 125 Neueinstellungen im Jahr 2014 plus 155 Neueinstellungen in 2015 plus 25 Seiteneinsteiger des gehobenen Dienstes aus 2013 machen aktuell 305 in Ausbildung befindliche Beamte. 160 vom Landtag genehmigte und finanzierte Ausbildungsstellen bleiben damit ungenutzt. In diesem Jahr beenden bestenfalls 125 Polizeibeamte ihre Ausbildung. Gleichzeitig treten weit mehr als 150 Polizeibeamte in den Ruhestand. Die genaue Zahl verrät uns das Innenministerium nicht, sie schwankt durch das Hinausschieben des Eintritts mancher Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand. Nach der Versetzung der neu ausgebildeten Polizisten werden wir im Oktober 2016 wieder weniger Polizisten sein als noch im Oktober 2015. Die Zahl der Neueinstellungen müsste also weiter erhöht

werden und die Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei können diese Aufgabe nicht allein bewältigen. Ein Gespräch dazu ..., aber das hatten wir ja schon.

Wer jetzt glaubt, die GdP wird sich in dieses Schicksal ergeben, irrt gewaltig. Auch eine Ankündigung in den Medien zu einem Gesprächsangebot des Innenministers, das mehr einer Drohung als einem Gesprächsangebot gleich, wird die GdP Thüringen und mich nicht leiser werden lassen. Das neue Öffentlichkeitsarbeitsschwert des TMIK wird sich als stumpfe Waffe erweisen!

Wie steht es eigentlich um einige Ausrüstungsfragen der Thüringer Polizei? Die scheinbar ewige Frage nach neuen Schutzwesten scheint dieses Jahr tatsächlich ein gutes Ende zu finden. Nach Informationen aus der Landespolizeidirektion werden die ersten neuen Schutzwesten, versehen mit einem Mehr an Stichschutz und optional als Überziehweste zu tragen, noch in diesem Jahr an die ersten Polizeibeamten ausgegeben. Die Auslieferung der neuen Handschuhe mit Schnitenschutz ist bereits angelaufen und Taschenlampen wird es wohl auch bald geben. Damit sind wesentliche Forderungen unserer Mitglieder auf dem Weg, erfüllt zu werden. Was unseren Kollegen der Bereitschaftspolizei nicht gefallen hat, ist das, was sie während ihrer Personalversammlung erfahren mussten. Sie werden, so wie in den letzten 25 Jahren auch, weiterhin an Tankstellentoiletten Schlange stehen und auf das Verständnis der Betreiber hoffen müssen. Andere Bundesländer sind da schon deutlich weiter. Aber auch da lassen wir nicht locker und werden diesen mittelalterlichen Zustand überall dort ansprechen, wo wir uns einen Anstoß zur Veränderung erhoffen.

Den schwerverletzten Kollegen des Justizvollzugs aus der JVA Tonna wünschen wir an dieser Stelle einen guten Genesungsverlauf und ich freue mich auf die erste Vorstellungsrunde der GdP im April in der JVA Hohenleuben.

Euer Landesvorsitzender



Anforderungen im Landtag diskutiert

Erfurt (wg), Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, lud Gewerkschaften, Vertreter der Ministerien und Personalräte am 19. 1. 2016 in den Landtag ein. Ziel war es, die Erfahrungen in der Anwendung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes zu filtern und den Bedarf zur Novellierung zu formulieren.

Die GdP formulierte dazu im Vorfeld gemeinsam mit dem DGB eine umfangreiche Stellungnahme für Verbesserung des Personalvertretungsrechtes. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch MdL Rainer Kräuter. Anschließend stellte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe der Hauptpersonalräte, Frank Schönborn, die Situation in der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte dar. Mit einigen Beispielen unterlegte er aktuelle Probleme in der Vertretung von Rechten und Interessen der Beschäftigten und wies auf fehlende Rechte der Personalräte hin. Er stellte die bisherige Entwicklung des Perso-

nalvertretungsrechtes dar und zeigte Evaluationsmöglichkeiten auf.

Im Anschluss sprach der stellv. Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Sandro Witt, über die Anforderungen an ein wirksames Personalvertretungsrecht. Er begrüßte die Veranstaltung und forderte rasches Handeln zur Novellierung des Gesetzes. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Thüringen würden dazu honorieren. Bis dahin gelte es für die Personalräte, das bestehende Gesetz und seine Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

Im Rahmen der Diskussion meldeten sich viele Vertreter von Personalräten zu Wort, die Probleme bei der Vertretung, beim Umgang mit Dienststellenleitern sowie Fehler im Gesetzesvollzug aufzeigten. Über eine Stunde Diskussion kann als Beleg für den Änderungsbedarf am aktuellen Gesetz gelten. Rainer Kräuter sammelte die Ausführungen der Redner für die Prüfung und eine Synopse, sodass eine weitere Bearbeitung durch den Landtag erfolgen kann.

Das große Interesse an der Veranstaltung und die Vielzahl der angesprochenen Probleme sollte auch für die Landesregierung ein Signal zum Handeln sein. Die GdP wünscht sich, gera-



Sandro Witt erläutert die DGB-Positionen.

Foto: Gäbler

de mit dem Blick auf den demographischen Wandel, mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung für den öffentlichen Dienst, um motivierte Beschäftigte zu gewinnen und zu halten. Sie wird daher das Thema unterstützen und weiter vorantreiben. Ein erster Schritt ist getan.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Auenstraße 38 a
99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon: (01520) 8862464
E-Mail: edgar.grosse@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2828

DIE GDP GRATULIERT ZUM ...

65. Geburtstag

Stefan Ehrhardt, KG Erfurt	8. 1.
Peter Hoffmann, KG Suhl	8. 1.
Rainer Escher, KG Saalfeld	10. 1.
Manfred Storch, KG GTH	28. 1.
Bernd Dreißigacker, KG Suhl	1. 2.
Gunter Spielmann, KG NTH	1. 2.
Renate Schroth, KG Gera	5. 2.
Jürgen Enge, KG Gotha	17. 2.
Otto Nöller, KG Gera	19. 2.
Helmut Heß, KG Gotha	4. 3.
Ralf Schumann, KG BePo EF	5. 3.
Rainer Zink, KG Gotha	9. 3.
Hannelore, Lautenschläger KGSLF	15. 3.
Werner Räche, KG Erfurt	16. 3.
Andreas Tölle, KG Gotha	24. 3.
Joachim Winkler, KG Erfurt	28. 3.

70. Geburtstag

Manfred Richter, KG NTH	2. 1.
Hans-Joachim, Ulbrich KG Suhl	5. 2.
Hermann Denecke, KG NTH	26. 2.
Bruno Selent, KG Erfurt	14. 3.

75. Geburtstag

Helmut Baumgart, KG Gotha	1. 1.
Edith Dominick, KG Erfurt	13. 1.
Helmut Günther, KG Saalfeld	6. 2.
Armin Förster, KG Jena	7. 2.

80. Geburtstag

Dorothea Apel, KG NTH	9. 3.
-----------------------	-------

81. Geburtstag

Walter Ultsch, KG Saalfeld	7. 2.
----------------------------	-------

85. Geburtstag

Klaus Niedling, KG Gotha	2. 1.
--------------------------	-------

87. Geburtstag

Konrad Röse, KG Gotha	6. 2.
Harald Heinemann, KG Erfurt	10. 3.

93. Geburtstag

Rudolf Haueisen, KG Jena	11. 2.
--------------------------	--------



AUS DEN KREISGRUPPEN

Gute Arbeit für die Kollegen ausbauen

Klausurtagung der Kreisgruppe Nordthüringen

Der Gesamtvorstand der Kreisgruppe Nordthüringen führte seine Klausurtagung 2016 in der Wolfsmühle in Rodishain durch. Die Tagesordnung war stramm gestrickt, denn es gab viele Punkte, die durchgesprochen werden mussten.

Ich möchte mich erst einmal bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die trotz des straffen Programms eine gute Tagungsdisziplin an den Tag gelegt haben. Der Vorsitzende gab einen kleinen Abriss zur Arbeit des Kreisgruppenvorstandes und zur Mitgliederentwicklung innerhalb der Kreisgruppe. Dazu muss gesagt werden, dass die Mitgliederentwicklung in der Kreisgruppe stabil geblieben ist, jedoch wäre ein größerer Zuwachs immer wünschenswert.

Ein weiterer Punkt waren die Aktionen der Vertrauensleute in den Dienststellen. Mit diesen Aktionen sollen die Mitglieder immer mit einer kleinen Aufmerksamkeit bedacht werden, um die Bindung der Kolleginnen und Kollegen zu festigen. Sicher gab es hier und da an den ausgegeben Artikeln Kritik, die wir uns auch zu Herzen nehmen werden. Im Ganzen aber waren diese Aktionen positiv zu betrachten.

Weiterhin wurden die Betreuungsaaktionen der Kreisgruppe bei Einsätzen der Kolleginnen und Kollegen angesprochen. Dieses soll auch in Zukunft ein Bestandteil der Mitgliederbetreuung sein und bleiben. Es ist immer schön zu sehen, wenn Vertreter der GdP bei größeren Einsätzen vor Ort sind und die Mängel, wenn es welche gibt, gleich aufnehmen und an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten und auch kritisch zu betrachten, um es für die Zukunft besser zu machen.

Im Jahr 2015 wurde in Zusammenarbeit mit der IPA eine Weihnachtsfeier am Standort der LPI Nordhausen durchgeführt. Durch die Kreisgruppe wurde dieser Event von Daniel Braun mit vorbereitet. So etwas kommt bei den jungen Müttern die sonst einen harten Job innerhalb des Dienstes zu verrichten haben, immer gut an, ihren Sprösslingen die Vorweihnachtszeit angenehm zu gestalten. Es ist ja oft so, dass die Kinder fragen, warum musst du schon wieder auf Arbeit.

Ein ganz wichtiger Punkt in der Klausur war die Nachwahl des stellv. Schriftführers. Das ehemalige Vorstandsmitglied Christian Vopel wurde 2015 aus dem Vorstand verabschiedet, da er nach Hamburg gewechselt ist. Der Vorstand der Kreisgruppe hat sich dazu entschieden, die Nachwahl in dieser Klausurtagung durchzuführen. Wir hatten uns im Vorstand Gedanken gemacht, wer denn das Amt des stellv. Schriftführers übernehmen könnte. Wir waren uns auch einig, es muss unbe-



Die Teilnehmer der Klausurtagung

Foto: KG NTH

dingt eine „jüngere“ Kollegin sein. Die Namen Manja Braunsdorf und Nadine Hohlbein hatten wir als Vorstand auf dem Plan stehen. Bei der anschließenden Wahl wurde Manja Braunsdorf bestätigt. Es war für uns eine große Freude, wieder eine Kollegin für die Vorstandsarbeit gewinnen zu können. Die Kollegin Nadine Hohlbein ist ja auch vielen bekannt. An sie ging die große Bitte, die gewerkschaftspolitischen Themen in der PI Unstrut-Hainich gemeinsam mit Hans Georg Weingardt zu lenken und zu leiten. Die Kollegen der PI UH bekommen damit auf gewerkschaftlicher Schiene etwas mehr Unterstützung in Bezug auf die Bindung zur Kreisgruppe.

Weitere Themen der Klausurtagung waren die Junge Gruppe. Daniel Braun gab bekannt, wie viel Mitglieder wir in der Kreisgruppe in die Junge Gruppe integrieren können. Er machte Vorschläge, wie die Junge Gruppe auch innerhalb der Kreisgruppe aufgebaut werden könnte. Es erging der Aufruf an alle Kolleginnen und Kollegen, sich an dem Aufbau der Jungen Gruppe mit einzubringen. Die Junge Gruppe ist immer ein wichtiger Baustein in der Nachwuchsgewinnung innerhalb einer Kreisgruppe und zur Aufstellung der Listen zu den Wahlen in den örtlichen Personalvertretungen.

Wir haben eine sehr gut funktionierende Seniorengruppe, deren langjähriger Vorsitzender Manfred Wendt ist. Manfred gab in der Klausurtagung einen Abriss, welche Aktionen die Senioren im letzten Jahr durchgeführt haben und welche für das laufende Jahr auf dem Plan stehen. Ein Höhepunkt im Veranstaltungskalender ist nach wie vor die Weihnachtsfeier der Senioren, die immer in einem anderen Landkreis stattfindet. Ein großer Ausflug der Senioren wird im August in die Lüneburger Heide stattfinden. Weiteres Thema in der Seniorengruppe war die Verteilung der Arbeit auf breitere Schultern. Dabei sind in erster Linie die Vertreter der Senioren wie Ralf Baumbach, Hugo Senge, Hans-Dieter Schneegaß sowie Hartmut Ackermann in den einzelnen Landkreisen mit einzubinden.

Zur Klausur wurden auch Renate Licht vom DGB, Vertreter der Signal Iduna und natürlich unser Landesvorsitzender Kai Christ eingeladen. Eine der Hauptgründe zur Anwesenheit des DGB war die bessere Zusammenarbeit in den einzelnen Landkreisen. Renate Licht gab einen Abriss zur Arbeit des DGB als Dachverband. Es wurde auch das Thema Gewalt gegen Polizisten bei Demonstrationen diskutiert.

Unser Landesvorsitzender gab einen Abriss zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen, unter anderem auch zur Ausrüstungssituation der Kolleginnen und Kollegen sowie zu den möglichen Einstellungszahlen. Bei diesem Punkt ging ein Raunen durch die Runde. Die Belastung der Polizei geht so langsam aber sicher an die Schmerzgrenze. Höhere Einstellungszahlen bei allen Beschäftigten sind nach Meinung der Teilnehmer unerlässlich. Die Signal Iduna, vertreten durch Jürgen Schmidt, stellte die Zusammenarbeit mit der GdP dar und welche Versicherungsprodukte speziell für Polizeibeamte attraktiv sind. Jürgen Schmidt geht dieses Jahr in Rente und hat die Gelegenheit genutzt, seinen Nachfolger Frank Zsiedrich vorzustellen. Die Klausur und die vielen Gespräche am Rande wurden von den Teilnehmern als nützlich und angenehm empfunden. Die Aufgaben der Kreisgruppe wurden präzisiert und jeder kennt seinen Platz in der Kreisgruppe. Das Ziel der Klausur ist damit erreicht.

Uwe Grunwald, Kreisgruppenvorsitzender



Besuch in der Landeseinsatzzentrale

Die Seniorengruppe der Kreisgruppe Erfurt hatte kürzlich die Möglichkeit, eine der modernsten und bundesweit technisch bestens ausgerüsteten Landeseinsatzzentrale (LEZ) in Erfurt zu besichtigen.

Polizeidirektor Rene Treunert, Chef der LEZ, nahm sich persönlich die Zeit, uns hier die Abläufe zu erklären. Um diese Landeseinsatzzentrale zu ermöglichen, wurde der alte Kinosaal der PD Erfurt umgebaut und neu eingerichtet. 2013 konnte die LEZ dann in Betrieb gehen. Alle Notrufe gehen jetzt nur noch hier ein. Es sind etwa 245 000 Notrufe im Jahr. Diese werden von fachlich auf hohem Niveau ausgebildeten Mitarbeitern bearbeitet und weitergeleitet.

Die Landeseinsatzzentrale ist die einzige bundesweit, welche alle Ressourcen abdeckt und wo die weiteren Maßnahmen bei Einsätzen entschieden werden. Damit wurde endlich erreicht, dass alles von einer Stelle ge-

leitet und ausgeführt wird. Wir finden das eine super Sache und waren sehr beeindruckt. In unserer aktiven Zeit bei der Polizei haben wir noch unter den alten Bedingungen an den alten Standorten gearbeitet.

Wir möchten uns auf diesem Wege noch einmal bei Polizeidirektor Rene Treunert sowie seinen Kollegen für diese Einblicke in die Arbeit der LEZ bedanken.

Marena Jödicke



Rene Treunert (m.) erläutert die LEZ

Foto: KG EF

Das Salz und Bad Salzungen

Am 18. Februar 2016 trafen sich 28 Mitglieder der Seniorengruppe an der Tourist-Information in Bad Salzungen.

Ein Mitarbeiter führte uns durch das Areal der „Solewelt“ und erläuterte Wissenswertes aus der Geschichte des Gradierwerkes, über die Entwicklung der Salzgewinnung aus dem salzhaltigen Wasser aus Tiefbrunnen, über das Gradieren als Zwischenschritt. Dabei gewonnene Erkenntnisse über die Heilwirkung der salzhaltigen Luft führte auch zum Aufstieg der Stadt – zum „Bad Salzungen“.

Bei dem Rundgang wurden wir mit den verschiedenen Möglichkeiten der Nutzung dieser Einrichtung bekannt gemacht und beendeten diesen Nachmittag im Café bei Kaffee und Kuchen.

Die nächste Veranstaltung für 2016:
7. April 2016: Besuch Knastmuseum Unterraßfeld (Treff: Parkplatz ehemalige B 19 Höhe Stillhof, 15 Uhr),

Wanderung über Rad-/Wanderweg entlang der Unterraßfelder Teiche zum Knastmuseum, Führung durch Heimatverein im Museum, danach Kaffeetrinken ...

Teilnahmemeldung: bis 4. April 2016 (Tel.: 0 36 94/55 74 52, E-Mail: andreas@schauseil-th.de

Andreas Schauseil



Foto: Schauseil



SENIORENJOURNAL

Karpfenessen wird langsam Tradition

Saalfeld (SW). Am 27. Januar trafen sich die Saalfelder Seniorinnen und Senioren mit ihren Partnern zum wiederholten Male zum Jahresauftakt bei einem zünftigen Karpfenessen. Treffpunkt war diesmal in Plothen die Gaststätte „Zum Plotenteich“.

Plothen liegt im Land der 1000 Teiche, dem größten zusammenhängenden Teichgebiet Thüringens. Die ehemals tausend Teiche sind mittlerweile auf ca. 600 Teiche zusammengeschrumpft. Das Besondere ist, das die Teiche alle mit einem Grabensystem verbunden sind, nur von Niederschlägen und nicht von Quellwasser gespeist werden und deshalb auch Himmelsteiche genannt werden. Die Teiche wurden im 11./12. Jahrhundert von Mönchen zum Zwecke der Fischzucht angelegt. Zu bemerken wäre noch, dass die Karpfen nur in den Monaten, deren Name mit einem „r“ geschrieben werden, als Speisefische angeboten werden.

Zu den Karpfen aus den Plothener Teichen wurden traditionsgemäß Thüringer Klöße in einem kräftigen Gemüsegond, verfeinert mit brauner Butter gereicht. Für Karpfenverächter gab es selbstverständlich auch andere schmackhafte Speisen von der Kar-

te. Wir bedanken uns bei dem Gaststättenteam der Inhaberfamilie Semmler für die freundliche Bedienung und für das schmackhafte Essen sowie bei den Organisatoren des Tages, besonders bei unserem Erich Hüttenrauch.



Foto: B.Hanft

7. BLAULICHT-MILIEU-PARTY ERFURT
 POLIZEI - RETTUNGSDIENST - FEUERWEHR - KLINIKPERSONAL - THW - JUSTIZ - ZOLL - BUNDESWEHR

EINLASS NUR FÜR BERECHTIGTE -
22.04.2016 - 20.00 Uhr
Presseklub Erfurt
 FREIBIER/FREISEKT - SOLANGE VORRAT REICHT
 EINTRITT & SHUTTLE MIT GDP-MITGLIEDSAUSWEIS FREI

Infos im Facebook:
BLAULICHT-MILIEU-PARTY ERFURT
 E-Mail: thomas.hoyer@gdp.de

Mit freundlicher Unterstützung von:

PVA's Polizeiversicherung AG
 SIGNAL IDUNA
 gut zu wissen
 EASY FITNESS
 WALDHOFF
 Glinicke
JUNGE GRUPPE
Gewerkschaft der Polizei



Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar – Teil 2

Der Autor bezieht Stellung gegen den anhaltenden Dogmatismus im Umgang mit gesellschaftlichen Unstimmigkeiten und sieht diesen als oftmals unterschätztes Gift für unser demokratisches System.

Die österreichische Lyrikerin Ingeborg Bachmann bringt es unbeschönigt und zutreffend auf den Punkt: „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“¹. So eindeutig, knapp und klar ihre Worte aus dem Jahre 1959 auch sind, so realitätsfern und weltfremd erscheinen sie heute im Lichte des zunehmenden Dogmatismus, dieses unreflektierten Durchsetzens der eigenen Anschauungen nach dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“². Nichts Anderes lässt der oktroyierte Konformismus durch allerhand Meinungsbilder aus Politik und Presse vermuten.

Und dieser Zustand der anmaßenden Bevormundung - als Entkräftung des freien Denkens - indem dem Einzelnen die Entscheidungen unter Zurückhaltung aller Tatsachen abgenommen werden, vermag einem einen gehörigen Schrecken einzujagen. Aus diesem Grunde sollte ein jeder gegen diese zunehmende Ungerechtigkeit aufbegehren, für die proklamierte Unabhängigkeit und Meinungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes kämpfen und die Worte Dietrich Bonhoeffers in die Welt hinaus tragen: „Kein Mensch auf der ganzen Welt kann die Wahrheit verändern“. Denn als unabdingbare Folge dieser Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger stehen - wie im folgenden noch nachgewiesen werden soll - nichts weiter als die Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft auf dem Spiel.

Dieser Beitrag darf als Plädoyer verstanden werden, einen „Blick in den Spiegel“ zu riskieren und kritisch seine eigene Rolle in dieser skizzierten Scheinwelt zu hinterfragen.

... denn sie wissen nicht, was sie tun

Die aktuellen Entwicklungen und Perspektivwechsel in Gesellschaft und Politik lassen künftig weitere soziale Konfliktpotentiale in unbekanntem Ausmaß erkennen; entsprechende Tendenzen haben uns längst eingeholt.

Zwei solcher höchst brisanten Themen legen dar, wieso man den Eindruck gewinnen könnte, dass man nicht

mehr Herr der eigenen Handlungen ist, sondern von gewissen „Zwängen“ kontrolliert wird: negativ anzuführen ist hier zum einen der Umgang mit dem Gut der Versammlungsfreiheit und zum anderen die Handhabung der Wahrheiten in der Flüchtlingsproblematik.

Im ersten Fall missachtet die Polizei „sehenden Auges“¹⁹ ihre Schutzpflichten gegenüber Versammlungen, die sich doch eigentlich im Schutzbereich des Artikels 8 GG bewegen. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit als „wesentliches Element demokratischer Offenheit“ wird im Namen des politischen Opportunismus geopfert, obgleich in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat politische Ästhetik keine Rolle spielen darf. Der „zivile Ungehorsam“ rechtfertigt die ständigen Blockaden²⁰ oder anderweitige Störungen²¹, welche den Straftatbestand des § 22²² SächsVersG deutlich erfüllen. Um Prof. Dr. Jürgen Schwabe zu zitieren: „Die Blockade einer erlaubten Versammlung ist strafbar. Doch wird diese Straftat nicht verfolgt. Im Gegenteil: Die Politik ruft oft dazu auf. (...) Am nächsten Tag lobt der Minister den Einsatz, und der Regierungschef gratuliert den von seiner Polizei verschonten Straftätern“²³.

So richten sich die polizeilichen Maßnahmen nicht nach allgemeingültigen rechtlichen Kriterien²⁴, sondern die vermutlich doch nicht absolut geltenden rechtlichen Kriterien werden nach dem Willen der politischen Gesinnung ausgerichtet. Ein Neutralitätsgebot wird - wenn auch nur durch ein hoheitliches Untätigbleiben - ad absurdum geführt.

Dabei scheint es, als unterschätze die politische und polizeiliche Führung zum einen den hohen rechtlichen Wissensstand der eigenen Beamten und zum anderen, dass die Kollegen vor Ort sehr wohl sehen, was wie passiert. Auch ist ein klarer Mangel an Fürsorge gegenüber den eigenen Beamten zu erkennen: Die Arbeitsebene darf bei diesen rechtswidrigen „Aufführungen“ - nur ein Schelm denkt dabei an ein vorgegebenes Drehbuch - artig den Kopf hinhalten.

Wenn sich die Polizei also nach einem solchen Schauspiel wie folgt zitiert lässt - „Heute bleibt aber - einmal mehr - für alle, die friedlich ihre Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrnehmen oder sie schützen wollen, eine Mischung aus Trauer und Nachdenklichkeit zu-

rück“²⁵ -, scheint es nur der Ironie des Lebens geschuldet, dass darin mehr als deutlich die Wahrheit zu finden ist.

Apropos Wahrheit: Noch 2010 galt Multikulti für Kanzlerin Angela Merkel als ein gescheitertes Konzept²⁶. Jetzt offenbart der Umgang mit dem unkontrollierten Flüchtlingsstrom ein hohes Maß an Hilflosigkeit und bisweilen einen völlig falschen Umgang damit in den Medien. Deutsche Staatsbürger werden zu „Fluchthelfern“ statt Schleusern²⁷ und obwohl sie geltendes Recht brechen, begünstigt erneut der Wink auf den „zivilen Ungehorsam“ das Entkommen aus der Strafverfolgung. Zustände wie in Suhl²⁸ sind seit November 2013 in der Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz der Normalzustand und doch wird selten darüber berichtet. Viele der Einwanderer zeigen sich gewohnt im Umgang damit, ihre Ansichten mit Gewalt durchzusetzen.

Die Polizei scheint dabei als Ordnungshüter das „Sagen“ im eigenen Land abgegeben zu haben. Das wird spätestens dann deutlich, wenn nach Ausschreitungen zunächst das Gespräch mit „Clanfürsten“ zu suchen ist²⁹ und dies medienwirksam bekundet wird. Die entstehende Grauzone, ob deutsches Recht gelte oder nicht, zeigt wie sehr wir unsere intellektuelle Verteidigungsbereitschaft schon haben einlullen lassen.

Erhebt man dann seine Stimme (rechtsfreie Räume werden geschaffen), meldet Bedenken an (Ausbreiten von ethnischen und religiösen Konflikten) oder gibt an, einfach nur zu, Angst zu haben (Die Polizei verwaltet nur noch.), treten Politologen wie Michael Lühmann auf den Plan und verkünden mit verachtendem Blick auf Sachsen: „Nirgendwo in Deutschland ist die Ablehnung des Anderen tiefer in Politik und Kultur verankert als in diesem Bundesland. Sei es fremd, sei es links, sei es irgendwie modern“³⁰.

Die Gefahr, die aus den aufgezeigten Problematiken entstehen kann, ist das Wegbrechen der Mitte der Gesellschaft, als Masse der Bürgerinnen und Bürger. Eine Verlagerung der Mehrheiten zu extremeren Ansichten und anderen politischen Polen setzt die Gesellschaft in unkontrollierte Bewegungen. Die Menschen fühlen sich vom politischen System ausgeschlossen: der Mangel an Handlungsmöglichkeit durch alternativlos dargestellte Maßnahmen unterstützt diese unkontrollierten Bewegungen.

Fortsetzung auf Seite 7



LESERBRIEF

Fortsetzung von Seite 6

Macht ist wie Whisky: Einmal gekostet, möchte man mehr. Doch nur wenige vertragen viel.

Und was macht die Politik? Sie neigt - trotz der chaotischen und kollabierenden Zustände - jegliche Art von Sorge als dummen Hang zu Naivität („Angst ist immer ein schlechter Ratgeber“³¹) und scheint zunächst zu erörtern, was nutzbringend sein könnte für den persönlichen Machterhalt. Die zunehmende Entfremdung der Bürgermeinung im krassen Gegensatz zur politischen Wahrheit im Lichte der Parteimeinungen wird weitestgehend ignoriert. Um nur einige Beispiele zu nennen:

Die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping sieht die Ursache der vielen Proteste und Demonstrationen in fehlender Bildung³² - die wenig überzeugende Begründung dazu: „Ich war oft in Schulen (...). Manche Jugendliche wussten nicht einmal, wer ihr Bürgermeister ist“.

Die thüringische Bildungsministerin Birgit Klaubert rechtfertigt die Finanzierung von linkem Demonstrationstourismus in 46 Fällen seit 2011 als „Aufstand der Anständigen“³³.

Der Bundesvorsitzende der Grünen Cem Özdemir ignoriert das verhängte Versammlungsverbot³⁴ in Heidenau.

Der CDU-Politiker Frank Klingebiel schlägt „unter Einschränkung des Grundrechtes auf Eigentum“ eine faktische Enteignung³⁵ von Wohnungsbesitzern vor.

Diese menschliche Verderbtheit lässt die Fassade der Demokratie weiter bröckeln, auch wenn die Urheber die Konsequenzen ihres falschen Spiels selbst nicht zu begreifen scheinen. Das eine unsichere These noch lange kein sicheres Übel - wie die Einschränkung der individuellen Freiheiten der Bürger - rechtfertigt, hat sich wohlmöglichst noch nicht in entscheidenden Kreisen herumgesprochen.

Qui vivra, verra.³⁶

Es geht in diesem Beitrag nicht darum, dass Für-und-Wieder von Ideologien abzuwägen oder die politischen Extreme zu beleuchten: So darf festgehalten werden, dass es keinen Unterschied macht, ob „rechtsgerichtete“ hohle Propaganda oder „linksgerichtete“ subtilere Mächtetern-Polemik an der Wahrheit vorbeigehen. Vielmehr geht es um das universale Prinzip der Gerechtig-

keit, die bedingungslose Anerkennung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit aller, einen unbeschränkt offenen und transparenteren Umgang mit jeglicher Art von gesellschaftlichen Problemen sowie das schlichte Aufrechterhalten von Sicherheit und Ordnung.

In Anlehnung an ein berühmtes Zitat des deutschen Pastors Martin Niemöller³⁷ sollte jeder Einzelne für die demokratischen Rechte (und Pflichten) einstehen, bevor es keinen mehr gibt, der dafür protestieren kann.

Die Akzeptanz von Recht und Gesetz sinkt ständig, wenn Politiker eine laxe Handhabung zu Rechtsbrüchen vorleben und erkannte Straftäter nicht der Gerichtsbarkeit zugeführt werden.

Wir als Polizei haben das Gesetz nicht gemacht, sind unter Umständen sogar anderer Ansicht und werden das Recht doch durchsetzen - bekanntlich steht niemand über dem Gesetz. Wir als Polizei stehen stellvertretend für den deutschen Staat auf der Straße und sind Ansprechpartner für die vielen Bürgerinnen und Bürger. Wir als Polizei stehen ebenjenseitigen Bürgern Auge in Auge gegenüber und für die beschämenden Zustände gerade. Wir als Polizei haben mit einer schrumpfenden Personaldecke bei deutlich ansteigender Arbeit zu kämpfen, ersetzen, so gut es geht, die Vielzahl an erkrankten Kolleginnen und Kollegen und ertragen die respektlosen Zustände im Umgang mit uns. Zusammenfassend lässt sich Hagen Husgen zitieren: „Wir haben am Wochenende häufig Risikospiele in den Fußballstadien. Wir haben Legida und Pegida. Wir haben eine hohe Grenzkriminalität. Wir haben ein Crystal-Problem. Und viel zu wenige Polizeibeamte. Die Staatsregierung nimmt billigend in Kauf, dass es verletzte Polizisten gibt (...)“³⁸.

Aktuell schafft es die „Arbeitsebene“ trotz all der gestellten Beine und der unzumutbaren Rahmenbedingungen, doch immer wieder, auch diffusete Lagen mehr oder minder in den Griff zu bekommen. Doch auf diesen Instinkt zur Selbsthilfe sollten die „Eliten“ aber nicht allumfänglich bauen, denn auch die stärksten Körper und klügsten Köpfe brennen irgendwann aus. Eine Vorschrift, die besagt, dass „die Gestaltung der Arbeitszeit sich an dienstlichen Erfordernissen ausrichten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern muss“³⁹, karikiert im Lichte der Wirklichkeit das tatsächliche Interesse an einer Fürsorge gegenüber den überlasteten Beamten. Die Oberhäupter sollten also zeitnah mit sinnvollen Lö-

sungen aufwarten und nicht aus Angst vor Entscheidungen in selbstmitleidiger Hilflosigkeit versinken.

Denn die Last der Verantwortung liegt nach Jean-Paul Sartre⁴⁰ bei jedem Einzelnen - immer und überall -, man kann ihr nicht enttrinnen: denn auch wenn wir das Entscheiden verweigern, haben wir laut Sartre, eine Entscheidung getroffen: nämlich „die Wahl, keine Wahl zu treffen“. Begreift man diese stete Verantwortlichkeit nicht, werden sich immer mehr Polizeibeamte verraten und verkauft fühlen und der dann leere „Blick in den Spiegel“ wird den Zukunftsglauben weiter sinken lassen. Und in der realen Welt kommen wir danach nicht so schnell wieder auf die Beine.

Thomas Ullmann

Fußnoten/Quellen

- ¹ Dankesrede bei der Entgegennahme des „Hörspielpreises der Kriegsblinden“ am 17. März 1959 im Bundeshaus in Bonn.
- ² Frei nach Christian Morgensterns Gedicht „Die unmögliche Tatsache“ aus dem Jahre 1905.
- ³ Urteil des VG Dresden vom 19. Januar 2011 (Az. 6 K 366/10).
- ⁴ Urteil des OVG Münster vom 18. September 2012 (Az. 5 A 1701/11).
- ⁵ Es reicht aus, wenn eine Beschallung, die Durchführung einer anderen Versammlung insofern stört, dass die Teilnehmer dieser ihr eigenes Wort nicht mehr verstehen.
- ⁶ Es sei erwähnt, dass dies kein Erfolgsdelikt ist. Aber von einer Strafverfolgung sind wir weit entfernt.
- ⁷ Artikel „Im rechtsfreien Raum“ in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 25. Juli 2014.
- ⁸ Man erinnere sich an das Legalitätsprinzip und den Straftatbestand der vorsätzlichen Nichtverfolgung strafbarer Handlungen.
- ⁹ http://www.mdr.de/sachsen/legida-ausschreitungen100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html (15.09.2015)
- ¹⁰ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article10337575/Kanzlerin-Merkel-erklaert-Multikulti-fuer-gescheitert.html> (06. Oktober 2010)
- ¹¹ Straftatbestand des § 96 AufenthG.
- ¹² <http://www.mdr.de/thueringen/sued-thueringen/suhl-auseinandersetzung-fluechtlingsheim100.html> (20. August 2015).
- ¹³ <http://www.bild.de/regional/dresden/flucht/massenschlaegererei-in-dresdner-zeltstadt-fuer-fluechtlinge-42027848.bild.html> (01. August 2015).
- ¹⁴ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/pegida-erklarungen-theorien> (5. Januar 2015).
- ¹⁵ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article146183441/Merkels-deutliche-Botschaft-an-alle-besorgten-Buerger.html> (09. September 2015).
- ¹⁶ MDR-Videoext vom 12.08.2015.
- ¹⁷ Artikel von Elmar Otto in der „Thüringischen Landeszeitung“ vom 06. Juli 2015.
- ¹⁸ <http://www.sueddeutsche.de/politik/gruenen-partei-chef-oezdemir-ignoriert-versammlungsverbot-in-heidenau-1.2624879> (28. August 2015).
- ¹⁹ http://www.focus.de/politik/deutschland/lage-spitzt-sich-zu-umwohnraum-fuer-fluechtlinge-zu-schaffen-cdu-obdroht-mit-enteignung_id.4872685.html (11. August 2015).
- ²⁰ Zu Deutsch: Die Zukunft wird es zeigen.
- ²¹ „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte.“ (Zitiert nach Matthias Schreiber „Martin Niemöller“, rororo, 1997)
- ²² Aus einem Artikel von Martin Machowecz und Stefan Schirmer in der „ZEIT“ vom 27.08.2015.
- ²³ VwV AZPol (vom 17. Dezember 2014), I. Grundsätze 1. Allgemeines Buchstabe b).
- ²⁴ In seinem Hauptwerk „Das Sein und das Nichts“ aus dem Jahre 1943.





Berufsberatung und Auswahlverfahren in ...

... Thüringen

Thüringen stellt Bewerber in den Vorbereitungsdienst der Laufbahnen des mittleren und des gehobenen Polizeivollzugsdienstes ein. Mit zahlreichen Informationen zum Berufsbild, rund um das Auswahlverfahren und zum Ablauf des Studiums oder der Ausbildung stellt sich die Thüringer Polizei in den Medien sowie auf Berufsmessen und Informationsveranstaltungen dar. Zusätzlich hat jede Landespolizeiinspektion Einstellungsberater, die den Interessierten in persönlichen Gesprächen den Beruf näher bringen. Das Bildungszentrum der Thüringer Polizei erstellte in Zusammenarbeit mit der Bauhaus-Universität Weimar ein neues Imagevideo für die Personalwerbung.

Das Eignungsauswahlverfahren (EAV) beginnt für die Bewerber mit der Sichtung durch den Polizeiärztlichen Dienst und wird anschließend mit einer Rechtschreibprüfung und einem psychologischen Testverfahren weitergeführt. Der abschließende Sporttest dient der Feststellung, ob die Bewerber den besonderen Anforderungen des Polizeidienstes gerecht werden können und bildet deshalb einen wesentlichen Teil des EAV. Er besteht aus drei Einzelübungen.

Am zweiten Tag wird die Polizeidiensttauglichkeitsuntersuchung gemäß den Einstellungsrichtlinien durch den Polizeiärztlichen Dienst durchgeführt. Für Bewerber des gehobenen Polizeivollzugsdienstes werden zusätzlich am dritten Tag ein Englischtest und ein Assessment-Center durchgeführt. Nur Bewerber, die die gesetzten Kriterien des jeweiligen Tests erfüllen, werden zum nächstfolgenden zugelassen. Sobald alle erfolgreichen Bewerber eines Auswahlzeitraumes Ihre Testverfahren beendet haben, d. h. tauglich und geeignet sind, werden die Ranglisten für die Laufbahnen geschlossen. Die Einstellungszusagen werden umgehend auf den „Erlass zur Einstellung“ des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales hin versendet.

Monika Pape

... Sachsen

Wie werde ich Polizist? Welche Voraussetzungen muss ich erfüllen? Wo muss ich mich bewerben? Wie laufen Auswahlverfahren und Ausbildung bzw. Studium ab? Diese und andere Fragen haben wir uns irgendwann alle einmal gestellt. Doch im Laufe der Zeit ändern sich viele Dinge. Mit der Wiedereinführung der Berufsberater und den neu konzipierten Schülerpraktika in den einzelnen Polizeidirektionen (PD) wurden in der Nachwuchsförderung der sächsischen Polizei notwendige neue Wege besritten. Sinkende Zahlen geeigneter Bewerber sorgten für ein Umdenken in der Nachwuchsförderung.

Das Gewinnen von Leistungsträgern für den Polizeiberuf ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern bedarf einer aktiven Förderung. Diese Förderung soll u. a. durch eine Professionalisierung der polizeilichen Nachwuchswerbung gelingen. Die Berufsberater in den PD informieren über den aktuellen Einstiegsweg in den Polizeiberuf u. a. in Schulen, bei Berufsmessen und Großveranstaltungen. Sie arbeiten eng mit Job- und Berufsinformationscentern, Hochschulen und Universitäten zur gezielten Werbung zusammen und betreiben Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Nachwuchswerbung in den Dienststellen. Potenzielle Bewerber werden während und nach Abschluss der Schülerpraktika individuell zum Berufsbild Polizist beraten. Darüber hinaus unterstützen die Berufsberater der PD das Auswahlteam des Präsidiums der Bereitschaftspolizei bei der Nachwuchswerbung. Eine Bewerbung bei der Polizei erfolgt in Sachsen nur über die Onlineregistrierung unter www.polizei.sachsen.de. Ausbildungsstart ist immer am 1. September. Studienbeginn ist immer am 1. Oktober. Die Bewerbungsfristen enden immer ein Jahr vor dem gewünschten Einstellungstermin. Werbungsunterstützend wurde eine Karriere-Website erstellt unter www.verdaechtig-gute-jobs.de, dort erfährt der Interessent alles Wichtige.

Christin Gerull

... Sachsen-Anhalt

Die Fachhochschule Polizei in Aschersleben ist von der Berufsberatung über das Auswahlverfahren bis hin zur Einstellung zuständig. Im Dezernat 24 (Berufsinformation/Auswahldienst) werden, wie es der Name schon sagt, alle Aufgaben vor der Einstellung durchgeführt. Die eigentliche Einstellung übernimmt die Personalstelle der FH.

Das Dezernat 24 betreut die Intra- und Internetseiten, ist auf Messen oder Tagen der offenen Tür präsent. Der zweite Teil des Dezernats, der Auswahldienst, nimmt die Bewerbungen in Papierform und elektronisch entgegen, verwaltet sie und bereitet das Eignungsauswahlverfahren (EAV) vor.

Die detaillierte Einstellungs Voraussetzungen können unter: <http://www.fh-polizei.sachsen-anhalt.de/> nachgelesen werden. Neben den üblichen rechtlichen Voraussetzungen für Vollzugsbeamte ist eine Mindestgröße von 1,60 m, ein Höchstalter von 35 Jahren, ein Führerschein der Klasse B, das Rettungsschwimmabzeichen in Bronze und das Sportabzeichen in Silber erforderlich. Einiges kann während der Ausbildung fristgerecht nachgereicht werden.

Dem schließt sich das eigentliche EAV an. Am ersten Testtag gibt es Lückentext-Diktat und einen Intelligenzstrukturtest, beides wird am PC absolviert. Wer beide Tests bestanden hat, erhält Unterlagen für die polizeiärztliche Voruntersuchung, mit denen das Polizeiärztliche Zentrum anschließend eine Vorsichtung durchführt.

Auf Grundlage einer Rangliste werden die Bewerber zur Auswahlkommission (zweiter Testtag) eingeladen und bei einem Einzelgespräch interviewt.

Nach dem EAV wird wieder eine Rangliste gebildet. Die Bewerber, denen am dritten Testtag vor den Polizeiärzten die Polizeidiensttauglichkeit bestätigt wurde, erhalten ihre Einstellungsunterlagen, werden von der Fachhochschule eingestellt und können ihre Ausbildung beginnen.

Jens Hüttich

